

Politik Nr. 89

Hannover, 4. November 1947

In groben Strichen

Rückblick auf eine politische Reise

Der Flug zweier führender deutscher Sozialdemokraten in ein Land, in dem "the reds", die Roten, schlechthin die Russen sind, und Sozialismus auch heute noch vielfach mit dem bolschewistischen System verwechselt wird, war schon ein etwas gewagtes politisches Unternehmen, auch wenn Gastgeber die grösste Gewerkschaft war. Durch die Kontakte wurden auf einem viel weiteren Felde hergestellt, vor allem auch bei der Regierung in Washington.

Zwei Höhepunkte gab es: die Rede Kurt Schumachers auf dem Jahreskongress der AFL und eben die Besprechungen in Washington. Von beiden Ereignissen ist mit Bestimmtheit zu erwarten, dass sie Früchte tragen werden, die dann vielleicht gar nicht mehr als Auswirkungen, sondern eben dieser Vorgänge erkennbar sein werden. Klar wurde aber schon in der Gegenwart, dass alle Beteiligten auf amerikanischer Seite sich von der Ernsthaftigkeit der deutschen Argumentation beeindruckt zeigten.

Fünf Themen standen in Vordergrund: die Ernährung, die Deontologie, die Sozialisierung, das Besatzungstatut und die Forderung nach einer festeren Politik der Besatzungsmächte in allgemeinen. Fast jeder der genannten Punkte führte zu weiterreichenden Fragen: zum Marshall-Plan, zur europäischen Situation, zum Verhältnis USA-UdSSR und d.h.

In knapperster Kürze seien zu allidem einige stichwortartige Hinweise gegeben, keine Besprechung, keine Veranstaltung, kein Interview, in dem nicht die Deontologie behandelt wurde. Die Deutschen dürfe die ungeheure psychologische Belastung nicht überschauen, die darin liege, dass der Beginn der grossen Deontologiewelle praktisch der erste reale Schritt in Richtung der proklamierten Wiederaufbaumaassnahmen sei - welch gefährlicher und schwer begriffbarer Widerspruch - während Marshall-Plan und verbesserter Industrieplan bis heute nur Hoffnungsstrahlen seien. Wesentliches brachten die Amerikaner dagegen nicht vor. Wie nachhaltig die deutsche Beweisführung war, ersah man daraus, dass die AFL in einer einstimmig gefassten Entschliessung sich in dieser Frage die deutsche Auffassung zu eigen machte.

Gegen die Sozialisierung wurde immer wieder auf die englische Krise hingewiesen, ohne dass man freilich den überzeugenden Beweis dafür führen konnte, dass die getroffenen Sozialisierungsmassnahmen diese Krise herbeigeführt haben. Hinzu kommt die in Amerika tief ver-

wurde die Überzeugung, was der Staat nicht ist schlecht und teuer. Die Selbstsicherheit der Vertreter des Kapitalismus und der freien Wirtschaft war überall bemerkenswert.

Dagegenüber hat Kurt Schumacher unermüdlich die Notwendigkeit der Sozialisierung für Deutschland betont. Die Amerikaner wurden auch darauf hingewiesen, dass mehr als anderthalb Milliarden von den 2,5 Milliarden Menschen auf der Erde von keiner der beiden führenden Weltmächte direkt regiert oder kontrolliert werden, und daß bei den großen Massen in Europa und Asien Länderform und Sozialisierung die beiden großen bewegenden Faktoren sind, daß die Massen an diese Gefühle appellieren, daß sie geradezu hoffen, die Amerikaner würden die Gegenposition einnehmen. Es spricht aber viel dafür, daß von dem deutsche Volk in der Eigentumsfrage der Basisindustrien selbst entscheiden lassen wird. Die Bemühungen der deutschen Sozialdemokratie werden nicht nachlassen, so viel von dieser Arbeit möglichst schnell zu tun.

In der Ernährungsfrage haben sich führende Beamte in Grundsatz optimistisch geäußert, so z.B. die Überzeugung vertreten, daß die Ruhr-Ernährungskrise von Vorjahre sich nicht wiederholen werde. Aber es steht andererseits fest, daß zuverlässige Untersuchungen über das Verhältnis von Weltvorräten und Weltbedarf ein großes Defizit ergeben. Die Versuche in den USA, diesen Fehlbetrag durch Einsparen etwas zu verringern, sind schwierig. Schließlich sollen viele Amerikaner Selbstbescheidung zugunsten des bisherigen Feindes üben, der in vielen Familien schuld am Tode des Ernährers oder Sohnes ist. Auch weiß der durchschnittliche Mann aus dem Mittelwesten genau so wenig, wenn nicht weniger, vom Westen Deutschlands wie umgekehrt. Er ist auch nicht interessiert, weil er eigene Sorgen genug hat. Schumacher und sein Freund sind aber nicht müde geworden, klar zu machen, daß die Rationen nach wie vor völlig unzureichend sind und außerdem oft nicht erfüllt werden.

Eine weitere Forderung war die nach schriftlich fixierten Vereinbarungen über die Grenzen der Gewalt der Besatzungsmächte. Schließlich hat Schumacher immer wieder auf das Beispiel Berlins hingewiesen, und hier besonders auch auf die psychologischen Schäden, die durch die immer wieder von neuem auftauchenden Gerüchte von der Zurückziehung von Truppen und Verwaltungsbehörden entstehen.

Wenn eingangs gesagt wurde, daß der Begriff von Sozialismus in den Vereinigten Staaten nach mancherlei Missdeutungen ausgesetzt sei, so hat die Bildung der Kominform und vor allem die Tatsache gute Aufklärungsarbeit geleistet, daß von den kommunistischen Initiatoren bei dieser Gelegenheit niemand so maßlos angegriffen ist wie die sozialdemokratischen Parteien aller Länder. Das hat vielen auch in den USA die Augen darüber geöffnet, daß zwischen dem freiheitlichen Sozialismus und dem, was in Rußland unter dem gleichen Begriff verstanden wird, kein geringerer Unterschied besteht, als zwischen der westlichen Demokratie und der östlichen Stalin-Demokratie. Diese Unterscheidung aber weiß heute jeder Amerikaner zu machen.

Sehr nahe liegt auch die Frage, wie weit drüben der Einfluß der Gewerkschaften, die mit den Auffassungen der deutschen Sozialdemokraten in allen wichtigen Fragen übereinstimmen, auf die Regierung reicht. Er ist vermutlich viel größer als man für gewöhnlich annimmt. Auch durch das Taft-Hartley-Gesetz ist dieser Einfluß durchaus nicht geringer geworden, was äußerlich schon darin zum Ausdruck kam, daß hervorragende Regierungsmitglieder zu beiden Kongrestagungen erschienen. Je näher der Wahltermin rückt, je stärker wird der gewerkschaftliche Einfluß spürbar. Die Gewerkschaften selbst sind gewillt, ihn nach Kräften zu nützen, wie die Bildung einer Art politischen Aktionskomitees jetzt auch bei der AFL unterstreicht.

Die sozialistische Idee als politisch organisierte Bewegung ist in den USA immer noch bis zur Bedeutungslosigkeit schwach. Aber in der wichtigen über 7 1/2 Millionen Mitglieder zählenden AFL hat sie viele verständnisvolle und zuverlässige Freunde.

Im übrigen wird die Entscheidung über die Verhältnisse in Deutschland ganz unabhängig davon sein, ob Republikaner oder Demokraten an der Macht stehen. Denn auf beiden Seiten wird sich die Erkenntnis immer weiter durchsetzen, daß das deutsche Volk eines Tages doch das Recht erhalten muß, über sich selbst frei zu bestimmen. Diesen Prozeß zu fördern, war eines der Hauptziele und, so kann man hoffen, auch eines der Hauptergebnisse dieser wahrhaft politischen Reise.

Wieder Mehrheitswahlrecht in Frankreich

A.F. Paris, Ende Oktober 1947

In französischen politischen Kreisen mehren sich die Stimmen, die für die Abschaffung des Verhältniswahlrechtes und seine Ersetzung durch das Mehrheitswahlrecht englischen Musters eintreten. Diese Wahlrechtsreform gehört zu den politischen Forderungen des Generals de Gaulle, aber auch andere Politiker, die sich von der gaullistischen Bewegung bisher ferngehalten haben, treten für eine derartige Änderung ein, besonders weil sie der Ansicht sind, daß allein das englische Mehrheitswahlsystem in der Lage ist, in den Parlamenten klare und arbeitsfähige Mehrheiten zu schaffen. Es muß jedoch vermerkt werden, daß bisher nicht nur Sozialisten und Kommunisten, sondern auch die Mehrheit der Abgeordneten der Republikanischen Volkspartei das Verhältniswahlrecht festhalten. Sie befürchten vor allem das Wiederentstehen der in der dritten Republik üblichen Wahlkoalitionen, die oft das politische Bild entstellt wiedergaben.

Das Wahlrecht ist nicht Bestandteil der Verfassung und kann infolgedessen durch eine einfache Mehrheit abgeändert werden. Es ist durchaus möglich, daß die Republikanische Volkspartei ihre Bedenken gegen das Mehrheitswahlrecht überwindet und so das Verhältnissystem zu Fall bringt.

Dreissig Jahre Oktober-Revolution

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter.

Kurz vor Hitlers Überfall auf die Sowjetunion wurde in Moskau ein neues Theater eröffnet. Sein Grundriss zeigte die Form eines Sowjet-Sternes, das verschwenderisch im klassizistischen Stil ausgestattete Innere war amphitheatralisch angeordnet. Gewidmet war es der Roten Armee. Ging der Besucher den Rundgang des Foyer entlang, so bemerkte er in jeder Stern-Ecke ein Kolossal-Gemälde, das jedes für sich eine Szene aus der Geschichte der Roten Armee darstellte, und die alle zusammen die Entwicklung veranschaulichten, die die bolschewistische Revolution und mit ihr die Rote Armee und das sowjetische Leben genommen hatten. Da sah man zu Anfang ein wildbewegtes Schlachten-Panorama: den Sturm auf das von Offizierschülern verteidigte Petrograder Winter, als in der Nacht vom 25. zum 26. Oktober (7. und 8. November westeuropäischer Zeitrechnung) 1917 und am Ende die Wandlung des revolutionären, nur durch Armbinde und Patronengurt gekennzeichneten proletarischen Kämpfers zum disziplinierten und futuriformierten Rotarmisten und Offizier, der sich im Kreise seiner Familie in Lebensumständen befindet, die man als bürgerlich bezeichnen könnte, wenn man das Wort seiner politischen Bedeutung entkleidet. Die Revolution, das besagte die Bilderreihe, war Geschichte geworden.

Der Weg von der bürgerlich-demokratischen Februar-Revolution zur proletarischen Oktober-Revolution war der propagandistische Sieg der "Mehrheitler" (Bolschewiki), der russischen Sozialdemokratischen Partei, über die "Minderheitler" (Menschewiki) und die mit ihnen verbündete bürgerliche Gruppe der "Sozial-Revolutionäre" (Acranski).

Als im Juni 1917 der erste "Allrussische Sowjet-Kongress" zusammentrat, waren die Bolschewiki noch stark in der Minderheit. Sie zählten nur rund 100 Delegierte gegen sieben bis achthundert der Menschewiki, Sozialrevolutionäre und einiger kleinerer Gruppen. Lenin war es, der in der Parteiführung den Weg der friedlichen "Bolschewisierung" der Sowjets durchsetzte.

Diese friedliche Durchdringung, die vor allem in der Agitation gegen die "Faktierer", die Menschewiki, bestand, hatte Erfolg und der bolschewistische Einfluß nicht nur im Petrograder Sowjet, sondern in der gesamten Arbeiterschaft der russischen Hauptstadt gewann in dem Masse an Boden, als die Macht des sozialrevolutionär-menschewistischen Exekutiv-Komitees dahinschwand und die provisorische Regierung mit Terrormassnahmen gegen die Arbeiterschaft vorging. Gerade in dieser unsicheren Situation kam die entscheidende Wende, als der Oberkommandierende der russischen Armee, General Kornilow, gedrängt von England und Frankreich, Ende August zu einem Schlage ausholte, der nicht nur die sozialistische, sondern auch die bürgerlich-demokratische Revolution vernichten sollte. Die bolschewistische Parteileitung entflammte Arbeiter, Soldaten und Matrosen zum bewaffneten Aufstand, der mit dem Sieg über die schon stark zerstörten Kornilow-Truppen endete. Die Macht der Sowjets war wieder hergestellt und in den Sowjets hegessen die Bolschewiki die Führung. Als am 7. Oktober Lenin, heimlich aus

seiner Verborgenheit.

seiner Verborgenheit in Finnland kommend, nach Petrograd zurückkehrt. Beschloss das Zentral-Komitee der Partei drei Tage später unter der Drohung einer neuen Kornilow-Aktion und angesichts der internationalen Lage (Gefahr eines Friedensschlusses auf Kosten der russischen Revolution einerseits und Revolte in der deutschen Flotte andererseits) den bewaffneten Aufstand.

Am 25. Oktober waren die wichtigsten Punkte der Stadt von der Revolutionsarmee besetzt und die Kanonen der "Aurora" donnerten gegen das Winter-Palais - die zweite russische Revolution, die sozialistische Revolution unter Führung der Bolschewiki hatte gesiegt, Russland begann seinen Weg zur Verwirklichung des marxistischen Kommunismus.

Die erste Massnahme der neuen Machthaber war die Annahme des Friedens von Brest-Litowsk, des "unseligen Brester Friedens", wie Lenin ihn nannte. Sein Abschluss wurde mit der Notwendigkeit begründet, Zeit zu gewinnen und die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Weitere historische Etappen der politischen Festigung waren die im März 1919 erfolgte Gründung der III. Internationale (Komintern) und die im Dezember 1922, nachdem die Periode der "Interventionen" und der Bürgerkriege abgeschlossen war, erfolgte Gründung der "Union der Sozialistischen-Sowjet-Republiken" als "freiwilliger Staatsverband der Sowjetvölker" (der auch das Recht des freien Austritts wahrt).

Die Bürgerkriege mit den weitreichenden Vorstössen der konterrevolutionären Armeen brachten die Revolution mehr als einmal in eine fast verzweifelte Lage, wie wurde aber in harten Kämpfen gesteigert. Aus dieser Zeit resultiert das bolschewistische Misstrauen gegen die Interventionsneigungen der westlichen Mächte, die die konterrevolutionären Armeen mit Waffen und Munitionslieferungen unterstützt hatten. Damals entstand das Wort von der "kapitalistischen Umkreisung", in der sich die Sowjet-Union befand - ein Wort, in dessen Zeichen das grosse Rüstungsprogramm der Fünfjahrespläne durchgeführt wurde, das durch Hitlers Überfall seine Bestätigung erfuhr und auch heute wieder, wie vor 1941 die aussenpolitischen Leitartikel der Sowjetpresse beherrscht.

Die Etappen, die die Sowjetunion nach Lenins Tod am 21. Januar 1924 unter Stalins Führung durchlaufen hat, lassen sich kurz in drei Perioden zusammenfassen: die erste Periode umfasst die Zeit des "Kriegskommunismus", der improvisierten sozialistischen Wirtschaftsführung unter den Zwängen der Not und der Bürgerkriege. Die zweite Periode ist die der "Industrialisierung" mit der von Stalin festgelegten "Generallinie", aus dem Agrarland Russland ein Industrieland zu machen, und der Aufstellung des ersten Fünfjahresplanes auf dem XV. Parteitag im Dezember 1927. Die dritte Periode überschneidet sich mit der zweiten. Sie umfasst die "Kollektivierung" der "Getreidefabriken". Sie war begleitet von der gewaltsamen Enteignung der Kulaken, der Gross- und Mittelbauern. Zwischen die erste und zweite Periode schob sich der kurze Zwischenakt der "Neuen Ökonomischen Politik" (NEP) Lenins mit ihrer teilweisen Wiederbelebung der Privatwirtschaft. Sie wird von der sowjetischen Geschichtsschreibung als "taktischer Rückzug" bezeichnet. / der Bauernwirtschaften zu grossräumigen

Die Sowjet-Union hat durch den Krieg und die planmäßige nazistische Zerstörung fast ihres gesamten, in 25 entbehrungsreichen Jahren aufgebauten europäischen Industrie-Apparates furchtbar gelitten. Das Programm ihrer Restauration steht wieder unter der Einwirkung der Furcht vor der "kapitalistischen Umkreisung" im Zeichen des Aufbaues der Rüstungs- und Schwerindustrie. Die Massen ihrer Bevölkerung haben wieder lange entbehrungsreiche Jahre vor sich. Sie werden sie, drei Jahrzehnte nach der Oktober-Revolution ertragen müssen im Glauben an die Ideologie, die an Ende der marxistischen These vom wissenschaftlichen Sozialismus steht; dass nämlich nach der "Enteignung der Enteigner" die Staatsmaschine, wie Lenin sagt, "verschrottet werden kann".

Nur die Sowjetform des Staates", so zitiert Stalin in seiner Schrift "Über den Leninismus", "ist imstande, jenes Absterben des Staates vorzubereiten, das eines der grundlegenden Elemente der zukünftigen staatslosen kommunistischen Gesellschaft ist. Doch soll sich die Revolution des siegreichen Landes nicht als eine sich selbst genügende Grösse betrachten, sondern als Stütze, als Mittel zur Beschleunigung des Sieges des Proletariats in den anderen Ländern" heisst es in der gleichen Schrift. Aus der "Lenin'schen Theorie der proletarischen Revolution" zieht Stalin zum dritten Leitsatz über die "monopolistische Herrschaft" und den "imperialistischen Kampf um die Neuverteilung der Welt" die Schlussfolgerung: "Unabwendbarkeit der Kriege unter dem Imperialismus und Unausbleiblichkeit der Koalition zwischen der proletarischen Revolution in Europa und der kolonialen Revolution im Osten zu einer einheitlichen Weltfront der Revolution gegen die Weltfront des Imperialismus." Die nationalen Befreiungsbewegungen in den kolonialen Ländern — Stalin nennt das Beispiel Indien — werden dabei als Bundesgenossen des kolonialen Proletariats angesehen.

Diese wenigen Sätze in Stalin's Schrift "Über die Grundlagen des Leninismus" (Deutsch neu aufgelegt im Verlag Neuer Weg Berlin 1946) enthalten die Angelpunkte der bolschewistischen Doktrin, nach der dreissig Jahre nach dem 25. Oktober (7. November) 1917 die sowjetische Innen- und Aussenpolitik geführt wird. Ohne in diesem spannungsreichen Augenblick ein Urteil abgeben oder gar eine Prophezeiung aufstellen zu wollen, kann man die eine so enge an doktrinärrer Konsequenz der Weltbetrachtung und des politischen Handelns vermag die Demokratie des Westens den nichts gegenüberstellen. (b/B69/411/1/he)

Der Sozialdemokratische Pressedienst

teilt mit:

spd/II/8 - 4.11.1947

SPD-Tagung in Bremen

Vom 14. - 16. November findet in Bremen eine gemeinsame Konferenz des Vorstandes, des Parteiausschusses und der Kontroll-Kommission der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands statt. Hauptgegenstand der Beratung wird ein Bericht über die USA-Reise und die Stellungnahme zur politischen Lage am Vorabend der Londoner Konferenz werden.

Koordinierungsausschuß in Kassel

Vertreter der sozialdemokratischen Landtagsfraktionen und sozialdemokratische Regierungsvertreter traten am 2. November in Kassel unter der Leitung des Parteivorstandes zu einer der regulären Sitzungen des Koordinierungsausschusses zusammen. Auf der Tagung wurden die Probleme der Bodenreform, des Wiederaufbaus, des Entnazifizierungsgesetzes, des Gesetzes zur Hilfe für die ODP sowie Flüchtlingsfrage diskutiert und die Möglichkeiten einer einheitlichen deutschen Wirtschaftspolitik gesucht.

In einem einleitenden Referat unterrichtete H. Kriedemann vom Vorstand der SPD über die Großaktion zur Beschaffung von Bekleidungsgegenständen aus Amerika, die zurzeit in der Schwebe ist. Es handelt sich um ein Objekt von 100 Millionen und möglicherweise mehr Dollar. Im Interesse der gerechten Verteilung und Niedrighaltung der Kosten muß es Aufgabe der Sozialdemokraten sein, staatliche Erfassungsgesellschaften für diesen Zweck ins Leben zu rufen. In Bremen wird auf diese Weise die Verteilung durch ein Konsortium vorgenommen, das mit einem Unkostenbetrag von 2 1/2 Prozent arbeitet, während die Privatunternehmungen, die von ODU-Seiten vorgeschlagen werden, einen Unkostenbeitrag von 30 Prozent, also das 12fache zugrunde legen wollen.

Die ODU versucht auch, wie sich aus der Debatte im Koordinierungsausschuß ergab, beim Bau der bewilligten 100 Fischdampfer nicht gemeinnützigen Gesellschaften, sondern Privatunternehmern den Bau dieser für die Volksernährung so wichtigen Fischereiflotte zu übertragen.

In der Frage der Bodenreform legt die Sozialdemokratische Partei Wert darauf, zu einer möglichst weitgehenden Vereinheitlichung der Bodenreform in Deutschland zu kommen. Die sozialdemokratischen Bodenreformverschlüsse sind keine Angelegenheit, die sich gegen die Bauern richtet. Wer sein Land selbständig bebaut, wird von der Bodenreform nicht betroffen. Wenn im Fall der Pacht Land 30 Jahre in Händen einer Pächterfamilie ist, geht es in das Eigentum des Pächters über.

Der Koordinierungsausschuß nahm unter anderem auch Stellung zu dem in der britischen Zone genehmigten Wiedergutachtungsgesetz. Als Ziel der SPD in dieser Frage ist anzusehen, die Fürsorge für die Opfer des Faschismus zu einer öffentlichen Angelegenheit zu machen und den Begriff "Opfer des Faschismus" einheitlich zu definieren.